

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



## Pressespiegel

20.10.2021

# Inhalt

## EWN

1   <b>Der vergessene Atom-Koloss der DDR</b> <i>Hamburger Morgenpost, 20.10.2021</i> .....	3
2   <b>Atommüll-Endlagersuche: Spessart nicht aus dem Rennen</b> <i>main-echo.de, 19.10.2021</i> .....	5
3   <b>Macrons Vision Nucléaire</b> <i>FAZ.NET, 19.10.2021</i> .....	7



📰 Hamburger Morgenpost | 20.10.2021 | S. 16

📄 Auflage: 26.343 | Reichweite: 342.026

## Der vergessene Atom-Koloss der DDR

**Stendal 163 Kilometer von Hamburg entfernt wurde die "Atom-Hauptstadt" des SED-Staates geplant**

**Die "Atom-Hauptstadt der DDR" sollte kaum 163 Kilometer von Hamburg entfernt in Sachsen-Anhalt entstehen. Vor den Toren von Stendal und nur rund 70 Kilometer von der Grenze zur Bundesrepublik entfernt wollte die SED das größte Atomkraftwerk des Arbeiter- und Bauernstaates in Betrieb nehmen. Zum Glück wurde daraus nichts. Doch die mächtigen Reste des Atomkraftwerks stehen heute noch als einzigartiger Lost Place mitten in der Altmark.**

Arneburg heißt das beschauliche Städtchen, von wo aus die DDR ab dem Jahr 2000 mindestens 20 Prozent ihres Energiebedarfs decken wollte. Dort in der Altmark geht die MOPO auf Spurensuche. Die rund 40 Meter hohe Maschinenhalle ist schon aus weiter Entfernung zu sehen.

Wir fahren an einem typischen DDR-Gebäudekomplex vorbei, hier befanden sich früher Verwaltung, Kantine und Werkstätten des Kraftwerks. Laut Auskunft des Kreises wird der Komplex heute als Feuerwehrtechnische Zentrale genutzt. Dann geht es nach 500 Metern über eine typische DDR-Holperstrecke, die direkt am imposanten DDR-Atomkraftwerk vorbeiführt. Wer den Weg weiterfährt, landet nach 800 Metern an der Elbe.

Der Zaun hat Löcher. MOPO-Fotograf Florian Quandt zögert noch. Doch vor Strahlung muss sich hier keiner fürchten. Der Bau wurde zwar noch größtenteils fertiggestellt, die Reaktoren aber wurden nie mit Brennelementen bestückt. Trotzdem kommt auf dem verwilderten Areal so etwas wie gruseliges Tschernobyl-Feeling auf. Das riesige Tor der Maschinenhalle steht erstaunlicherweise auf und wir gehen hinein. Das Bauwerk ist gigantisch. In etwa 35 Metern Höhe befindet sich eine Kranbrücke, sie scheint auch nach 32 Jahren noch gut in Schuss zu sein. Allerdings wachsen schon Bäumchen darauf.

Der Beschluss, hier mitten in der "Pampa" der DDR ein riesiges Atomkraftwerk zu bauen, wurde auf dem 8.

Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) in Berlin gefällt. Aber erst 1979 kam es zu einem Vertrag zwischen der DDR und der Sowjetunion, der die Lieferung von zwei Druckwasser-Reactoren vorsah. Ursprünglich sollte das Atomkraftwerk ganz in der Nähe von Magdeburg gebaut werden.

Doch die Parteikader hatten wohl schon damals Zweifel an der Sicherheit sowjetischer Atomkraftwerke und sie entschieden sich statt für den Standort in Großstadt-Nähe für die dünn besiedelte Altmark. Der Ortsteil Niedergörne der Kleinstadt Arneburg wurde schließlich endgültig als Ort für den Bau des riesigen Atomkraftwerks ausgewählt.

Die Partei entschied kurzerhand, dass die 120 Bewohner umgesiedelt werden, und der Bau des ersten Reaktorblocks begann im Jahr 1982. Der Block sollte 1989 in Betrieb gehen. Bis 1996 sollten dann die drei weiteren Blocks fertig werden. Um die für den Energiebedarf der DDR notwendigen Arbeiten zu forcieren, ließ die örtliche Bezirksleitung Magdeburg der SED in Stendal extra fast 10.000 Neubauwohnungen errichten, damit die Arbeiter der Mega-Baustelle gut unterkamen.

Alle Werktätigen beim Atomprogramm der DDR standen unter strenger Beobachtung des Ministeriums für Staatssicherheit. Mehr als 100 Stasi-Leute hörten sich auch intensiv bei der Bevölkerung der umliegenden Orte um, damit Proteste gegen das Atomkraftwerk im Keim erstickt werden konnten.

Die Arbeiten verliefen schleppend, sogar Kernkraft-Experten aus der Bundesrepublik wurden um Hilfe gebeten. Bis zur Wende 1989 konnte zwar der Bau nahezu fertiggestellt werden, jedoch wurde das AKW niemals mit Brennelementen bestückt und in Betrieb genommen.

Nach 1990 kam es zur Privatisierung des Projekts, und unter der Ägide von Siemens wurde sogar weitergebaut. Die verantwortlichen DDR-Ingenieure hatten für

das Werk weitere Sicherheitsmaßnahmen vorgesehen und waren überzeugt, es könne problemlos in Betrieb genommen werden. Doch 1991 kam das Aus. Für die Politiker war spätestens nach dem Reaktorunglück in Tschernobyl 1986 klar, dass man nach der Wiedervereinigung kein AKW sowjetischer Bauart in Deutschland haben wollte.

Kein Wunder, die beiden weiteren Atomkraftwerke der DDR in Greifswald (Mecklenburg-Vorpommern) und Rheinsberg (Brandenburg) waren störanfällig. Das Werk in Greifswald ("Kernkraftwerk Nord") wurde nach Bränden und Unglücken von Mitarbeitern sogar "Tschernobyl Nord" genannt. Die beiden Werke sind nach der Wende schnell abgeschaltet worden. Der Abbruch in Rheinsberg läuft bis 2035. Bei Start des Atomprogramms der DDR 1957 war vorgesehen, bis 1970 sage und schreibe 20 Atomkraftwerke im kleineren Teil des geteilten Deutschlands zu bauen.

Der Reaktordruckbehälter des Werks bei Stendal ist 1991 verschrottet worden. 1994 und 1999 sprengte man die drei 150 Meter hohen Kühltürme. Die restlichen Bauten verfielen, und es begann ein Abbruch, der bis heute andauert. Das Grundstück gehört einem Unternehmen, das Baumaschinen verleiht. Und nur wenn eine Maschine nicht vermietet ist, setzt sie der Unternehmer beim Abbruch des Atomkraftwerks ein. Ein Mitarbeiter sagte der MOPO schmunzelnd: "Bei dem Tempo dauert der Abbruch noch weitere 30 Jahre..."

*Die kleine DDR hatte ursprünglich vorgesehen, 20 Atomkraftwerke zu bauen. Tatsächlich liefen 1989 zwei AKWs.*

*Aus Sicherheitsgründen wurde das größte Kernkraftwerk der DDR in der dünn besiedelten Altmark bei Stendal gebaut.*

main-echo.de | 19.10.2021

Georg Kümmel

WEBLINK

## Atommüll-Endlagersuche: Spessart nicht aus dem Rennen

*Enttäuschung bei Landrat Scherf Wieder ist der Landkreis Miltenberg dabei - beim nächsten kleinen Teilschritt auf der Suche nach einem Atommüll-Endlager.*

Allerdings nur mit so ein bisschen angeschnitten, ganz am östlichen Rand, als Zipfel eines »Pilotgebiets«. Das sei außerdem keinerlei Vorfestlegung oder Priorisierung, beschwichtigte Landrat Jens-Marco Scherf bei seinem Sachstandsbericht zur Endlagersuche am Montag vor dem Kreistag. Noch immer gilt der Untergrund unter rund 54 Prozent der Fläche der Bundesrepublik als möglicherweise geeignet für die endgültige Lagerung des atomaren Abfalls aus den deutschen Kernkraftwerken. Mehrere Jahrzehnte lang hatte der Bund dafür das Salzbergwerk bei Gorleben auf untersucht, bevor der Standort 2013 endgültig ausschied.

### Entscheidung erst 2031

Nach langen und schwierigen politischen Debatten wurde dann 2017 der neue Suchlauf gestartet, der noch mindestens zehn Jahre in Anspruch nehmen wird. Nach dem ursprünglichen Zeitplan, der nach Ansicht vieler Experten längst nicht mehr zu halten ist, soll die Standortentscheidung 2031 fallen.

»Wir sind am Ende des ersten Schritts von Phase eins«, erinnerte der Miltenberger Landrat an den langwierigen Prozess. Scherf hatte als Vertreter der bayerischen Landkreise an drei sogenannten Fachkonferenzen teilgenommen, die in dieser ersten Phase der Standortsuche die öffentliche Beteiligung sicherstellen sollten.

In der ersten Phase geht es darum, aus mehr als der Hälfte der Fläche der Bundesrepublik sogenannte Standortregionen herauszufiltern, deren Untergrund am besten geeignet ist, hoch radioaktive Abfälle für lange, sehr lange Zeit sicher zu verwahren. Die Vorauswahl der aktuell noch 90 Teilgebieten war aufgrund bekannter geologischer Daten getroffen worden. Als grundsätzlich geeignet gelten Ton- und Salzgestein sowie kristallines Wirtsgestein (Granit). Letzteres befindet sich unter dem Spessart, der als Teilgebiet 10 in der Vorauswahl ist.

### Drei Fachkonferenzen

In den drei Fachkonferenzen hatten bis zu 1200 Teilnehmer - Experten aber auch interessierte Bürger - über die von der Bundesgesellschaft für Endlagersuche (BGE) getroffene Vorauswahl und das weitere Vorgehen diskutiert. In einer der zahlreichen Arbeitsgruppen hatte dabei Landrat Scherf kritisiert, dass auf eine große Menge vorhandener geologischer Daten einfach verzichtet worden war.

»Die BGE hat sich nicht an die Vorgaben des Standortauswahlgesetzes gehalten und speziell in unserem Fall nicht überprüft, ob das Wirtsgestein unter dem Spessart die Mindestanforderungen erfüllt«, fasste der Miltenberger Landrat den von ihm vertretenen Standpunkt zusammen. Die nach seiner Meinung »überzeugende fachliche Kritik« habe aber in der Fachkonferenz kein Gehör gefunden. »Aus bayerischer Sicht ist das eine Enttäuschung«, so Scherf.

Erfolgreich waren die Fachkonferenzen aus Sicht des Landrats aber in einem andern Punkt: Ursprünglich sollte die BGE jetzt aus den 90 Teilgebieten einige wenige Standortregionen herausfiltern, die dann oberirdisch und später unterirdisch untersucht auf ihre Eignung werden.

### Öffentlichkeit bleibt beteiligt

»Was wir erreicht haben, ist dass die BGE nicht zwei, drei Jahre hinter verschlossenen Türen arbeitet und am Ende steht dann eine kurze Liste mit Standortregion. Die Beteiligung der Öffentlichkeit findet auch bei diesem Schritt statt«, so der Landrat. So werde die BGE öffentlich machen, nach welchen Methoden die 90 Teilgebiete auf wenige Standortregionen verkleinert werden.

Die Methoden müssen jedoch zuerst erarbeitet werden; in vier Pilotgebieten für die unterschiedlichen Wirtsgesteine. Für Granit geschieht das im Teilgebiet 9, das vom östlichen Rand des Landkreises Miltenberg bis nach Sachsen reicht.

## Hintergrund: Bürgerbeteiligung bei der Endlagersuche

Nach dem Atomausstieg hat die Bundesregierung für den neuen Suchlauf nach einem Entlager für hochradioaktive Abfälle neues Bundesamt geschaffen: das Bundesamt für die Sicherheit in der atomaren Entsorgung (BASE). Die zentrale Fachbehörde überwacht die Standortauswahl durch die Bundesgesellschaft zur Endlagersuche (BGE) und soll dabei insbesondere die Beteiligung der Öffentlichkeit sicherstellen. Im ersten Schritt der ersten Suchphase gab es dazu drei sogenannte Fachkonferenzen zu denen sich grundsätzlich jeder interessierte Bürger anmelden konnte. Ein "normaler Bürger" der die Gelegenheit genutzt hat war der Miltenberger SPD-Kreisrat Karlheinz Paulus, auch

wenn "fachlich meine Kompetenzen nicht ausreichen". Trotz der schwierigen Materie, so Paulus weiter, müsse diese Bürgerbeteiligung weitergehen; "Wir wollen ständig weiter informiert werden." Landrat Jens-Marco Scherf, der als Vertreter der bayerischen Landkreise an allen drei Fachkonferenzen teilgenommen hat, sieht dabei noch weiteren Verbesserungsbedarf: "Bei der dritten waren wir noch 400 Teilnehmer und davon mehr als die Hälfte Bürgermeister und Experten. Bürger waren vielleicht 100 bis 200 dabei." Unterstützung hatte der Miltenberger Landrat durch die Fachleute seiner Verwaltung, fürchtet aber auch hier eine Überforderung. "Das wird uns noch über das Ende dieses Jahrzehnts hinaus begleiten", so Scherf. Es werde wahrscheinlich notwendig, ein Fachbüro damit zu beauftragen.

## FRANZÖSISCHER ATOM-PLAN

## Macrons Vision Nucléaire

## Von Konrad Schuller

Als Emmanuel Macron vergangene Woche ein neues Zeitalter der Atomkraft ausrief, stand er auf einer grünen Bühne, und grün waren auch seine Worte: Kernenergie ist Strom ohne Kohlendioxid, Kernenergie ist eine Chance - für Frankreich, für Europa, für das Klima.

Dass der Präsident auf "Nucléaire" setzt, also auf eine Dinosauriertechnik des 20. Jahrhunderts, scheint auf den ersten Blick vernünftig. Vieles spricht dafür, dass Deutschland mit seinem Sturzausstieg aus der Kernkraft die falsche Reihenfolge setzt. Als er beschlossen wurde, war in Japan gerade das Kraftwerk Fukushima verunglückt. Raus also, war die Devise. Heute aber ist eine andere Krise akut. Die Luft wird wärmer. Flüsse laufen über, Menschen ertrinken. Der T-Rex dieser Zeit, der schlimmste aller Stoffe ist heute nicht Uran oder Plutonium, sondern Kohlendioxid. Vielleicht schlachtet Deutschland also gerade den falschen Saurier zuerst. Vielleicht wäre es gut, die letzten deutschen Atomkraftwerke zumindest für eine Übergangszeit noch laufen zu lassen.

Und hier ist ein zweiter Blick auf Macrons Vision nötig. Er setzt auf eine neue Technologie, den "kleinen, modularen Reaktor". Der ist das künftige Taschenkraftwerk von der Stange, Serienware wie ein Citroën oder ein Renault. Er würde auf einen Tieflader passen. Überall in der Welt könnte man damit Elektroautos betreiben oder Wasserstoff für grünen Stahl produzieren. Eine Studie des Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) zeigt, dass seine Produktion ab 3000 Stück rentabel sein könnte.

## Atomkraft und Atomkrieg

Das alles sieht allerdings nicht aus wie eine Übergangslösung. Was Macron präsentiert, ist mehr: der Entwurf eines Königswegs aus der Klimakrise. Aber ist er gangbar? - Erst ein paar Zahlen. Die 400 Atomkraftwerke von heute schaffen etwa ein Zehntel der globalen Stromproduktion. Dafür wären der deutschen Studie zufolge bis zu zehntausend moderne Kleinreaktoren nötig. Um die übrigen neun Zehntel zu schaffen und weltweit die Kohle zu ersetzen, brauchte man deshalb viele zehntausend neue Mini-Meiler.

Diese Zahl ist das Problem. Es geht hier nicht nur um Unfälle. Die bleiben möglich, und es weiß auch niemand wohin mit dem Atommüll. Aber schlimmer ist, dass jemand einen dieser unzähligen Reaktoren plündern und aus dem Brennstoff Bomben bauen könnte. Die Autoren der BASE-Studie jedenfalls meinen: Diese Gefahr ist real. Kleinreaktoren wären für Bombenbauer attraktiver als klassische Atomkraftwerke. Wegen ihrer schieren Zahl wären sie schwer zu überwachen, vor allem in wilden Ländern. Außerdem brauchen sie eben, weil sie so klein sind, besonders hoch angereichertes Uran. Das aber ist gut für die Bombe.

Wer aber möchte die Bombe? - Hier lohnt ein Blick auf die Kunden, welche die neue Technik vor allen anderen kaufen müssten, wenn dem Klima geholfen werden soll. Zu den zehn größten CO<sub>2</sub>-Emittenten der Welt gehören Indien und Indonesien, dazu Iran und Saudi-Arabien. Zu den zehn Ländern mit dem höchsten Pro-Kopf-Ausstoß gehören Bahrain, Kuwait, Oman, Qatar und die Vereinigten Arabischen Emirate. Überall dort müssten die neuen Minireaktoren stehen, wenn sie dem Klima helfen sollen. Will das jemand?